

Niederschrift

über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
am Dienstag, **15.02.2011**, 17:03 Uhr - 17:58 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding, Wolfhard Ediger, Gilbert Hartmann, Rudolf Klein, Jürgen Ohm, Stefan Roth, Dieter von den Berg,

von der SPD-Fraktion

Dr. Fritz Baur, Dr. Michael Jung, Marianne Koch, Dr. jur. Thorsten Kornblum, Gabriele Kubig-Steltig,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Heribert Klas, Carsten Peters (als Vertretung für Herrn Gerhard Joksch), Otto Reiners,

von der FDP-Fraktion

Carola Möllemann-Appelhoff, Hans Varnhagen,

von der Fraktion DIE LINKE.

Raimund Köhn,

Ratsmitglieder

Pascal Powroznik (als Gast),

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Helga Bickeböller, Werner Bollmann, Dr. Ingo Deitmer, Dr. Annemarie Janetzki, Jörg Michel, Dr. Henning Müller-Tengelmann, Andreas Nienaber, Alfons Reinkemeier, Hermann Winkelhaus, Franz Winter, Ulrich Winter,

für die Schriftführung

Frank Möller,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 10. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 15.02.2011

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | |
|----------------------------|--|
| | 1. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. Mündlicher Bericht über Schneelasten auf städtischen Gebäuden |
| | 4. Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling |
| <u>V/0072/2011</u>
OB | 4.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadt Münster |
| <u>V/0026/2011</u>
II | 4.2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 2. Halbjahr 2010 |
| <u>V/0029/2011</u>
II | 4.3. Einrichtung eines Bürger/innen-Haushaltes in der Stadt Münster |
| | 5. Beteiligungsmanagement/-controlling |
| <u>V/0922/2010</u>
II | 5.1. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 15.12.2010 gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW |
| <u>V/0017/2011</u>
II | 5.2. Gremienbesetzung Westfälische Landeseisenbahn GmbH (WLE) |
| | 6. Gebühren und Entgelte |
| <u>V/0924/2010/1</u>
IV | 6.1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und die Teilnahme an Förder- und Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen und offenen Ganztagschulen |
| | 7. Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten |
| <u>V/0041/2011</u>
V | 7.1. Handlungsprogramm Wohnen |
| <u>V/0076/2011</u>
IV | 7.2. PTA-Lehranstalt Münster; hier: Weiteres Verfahren |
| | 8. Verschiedenes |

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Dr. Baur, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften um 17.03 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung**

Ratsherr Dr. Kornblum bittet, die Bezirksvertretungen in den Beratungsgang der Vorlage Nr. V/0029/2011 aufzunehmen und beantragt insofern, Tagesordnungspunkt 4.3 von der Tagesordnung abzusetzen. Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, TOP 4.3 von der Tagesordnung abzusetzen.

Die so geänderte Tagesordnung wird festgesetzt.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****1. Kenntnisnahme der Haushaltssatzung durch die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Münster**

Frau Stadtkämmerin Bickeböller teilt mit, dass die Verwaltung den Ratsfraktionen, der Ratsgruppe und dem Einzelvertreter im Rat das Schreiben der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Münster vom 31.01.2011 zur Kenntnisnahme der Haushaltssatzung am selben Tag zugeleitet habe. Mit diesem Schreiben habe die Kommunalaufsicht mitgeteilt, dass gegen die Haushaltssatzung 2011 keine kommunalaufsichtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Gleichzeitig gebe die Kommunalaufsicht der Verwaltung auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt zu erarbeiten, der vom Rat spätestens in seiner Sitzung am 13.07.2011 zu verabschieden sei. Hintergrund für diese Nachtragssatzung sei der vorliegende Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011, nach dem die Stadt Münster – entgegen den bisherigen Annahmen – ohne Schlüsselzuweisungen auskommen muss.

Außerdem bitte die Kommunalaufsicht darum, bis zum 25.02.2011 darzulegen, wie die fehlenden Schlüsselzuweisungen in diesem Jahr durch Mehrerträge an anderer Stelle kompensiert werden können. Das entsprechende Antwortschreiben werde die Verwaltung auch den Ratsfraktionen, der Ratsgruppe und dem Einzelvertreter im Rat zukommen lassen.

Weiter gebe die Kommunalaufsicht der Stadt Münster auf, in der Nachtragssatzung keine unabweisbaren Aufwendungen zu veranschlagen, die das bisherige Jahresdefizit noch weiter erhöhen.

Abschließend weist Frau Bickeböller darauf hin, dass es neben dem bereits erwähnten Nachtrag wie üblich auch im Herbst 2011 einen „technischen“ Nachtrag geben werde. Damit werde die Verwaltung dem Rat der Stadt Münster in diesem Jahr zwei Nachträge vorlegen.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird im Anschluss daran ausführlich über die Höhe der Schlüsselzuweisungen für Münster im Jahre 2011, die Auswirkungen auf die Zweitwohnungssteuer, die Steuerkraft Münsters im Vergleich zu anderen Städten, die Grunddaten Anpassung der Landesregierung im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 und das ifo-Gutachten zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs diskutiert.

2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt

Herr Reinkemeier teilt mit, dass am 01.07.2009 das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt gegründet worden sei. Standorte seien Münster und Recklinghausen, in Münster sei das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt an der Joseph-König-Straße untergebracht. Hinsichtlich der Option Kauf oder Anmietung habe sich der Verwaltungsvorstand für den Kauf der Immobilie ausgesprochen.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird nachgefragt, wie viele Stellen das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt am Standort Münster habe. Die Verwaltung schlägt vor, die Stellenzahl in die Niederschrift über die Sitzung aufzunehmen.

[Hinweis: Das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt beschäftigt insgesamt rund 200 Mitarbeiter, davon am Standort Münster rund 170 Personen.]

3. Verfassungsbeschwerde Einheitslastenabrechnungsgesetz

Frau Stadtkämmerin Bickeböller teilt mit, dass die Verwaltung über die geplante Verfassungsbeschwerde gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften bereits mehrfach, zuletzt in der Sitzung am 09.11.2010, berichtet habe. Am 07.02.2011 sei nun offiziell von 91 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden Beschwerde gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz vor dem Verfassungsgerichtshof NRW eingelegt worden. Die Stadt Münster gehöre zum Kreis der Beschwerdeführerinnen. Die Städte und Gemeinden wehrten sich bekanntlich gegen die überhöhte Beteiligung der Kommunen an den Kosten der Deutschen Einheit. Obwohl das Land mittlerweile sogar Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich erhalte (im Jahr 2010 mehr als 350 Mio. €), unterstelle es im Einheitslastenabrechnungsgesetz stattdessen Belastungen in Höhe von etwa 800 Mio. € jährlich, die es bis zum Jahr 2019 fortschreibe. Die Verwaltung werde über den Fortgang des Verfassungsbeschwerdeverfahrens im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften berichten.

Punkt 3 der Tagesordnung	Mündlicher Bericht über Schneelasten auf städtischen Gebäuden
---------------------------------	--

Herr Michel berichtet anhand eines Folienvortrags über die Schneelasten auf städtischen Dächern im Winter 2010/2011. Die Folien sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ratsherr Dr. Baur richtet im Namen des Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften seinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für Immobilienmanagement.

Punkt 4 der Tagesordnung	Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling
---------------------------------	---

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0072/2011	Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadt Münster
---	--

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

Sachentscheidung:

1. Der Rat stellt auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Prüfungsberichtes des Rechnungsprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2009 der Stadt Münster mit einer Bilanzsumme von 3.558.867.756,30 € und einem Jahresfehlbetrag von 37.829.666,80 € fest (§ 96 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW – GO NRW).
2. Der Jahresfehlbetrag von 37.829.666,80 € wird durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.
3. Dem Oberbürgermeister wird durch die Ratsmitglieder für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt (§ 96 Abs. 1 GO NRW).

Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0026/2011	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 2. Halbjahr 2010
---	--

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4.3 der Tagesordnung V/0029/2011	Einrichtung eines Bürger/innen-Haushaltes in der Stadt Münster
---	---

Dieser Tagesordnungspunkt ist von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 5 der Tagesordnung	Beteiligungsmanagement/-controlling
---------------------------------	--

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0922/2010	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 15.12.2010 gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
---	---

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 15.12.2010 (Anlage) wird gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW genehmigt.

Punkt 5.2 der Tagesordnung V/0017/2011	Gremienbesetzung Westfälische Landeseisenbahn GmbH (WLE)
---	---

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Als Vertreter der Stadtwerke Münster GmbH in der Gesellschafterversammlung der Westfälischen Landeseisenbahn GmbH (WLE) wird Herr Dr. Henning Müller-Tengelman benannt.

Punkt 6 der Tagesordnung	Gebühren und Entgelte
---------------------------------	------------------------------

Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0924/2010/1	Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Förde- rung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und die Teilnahme an Förder- und Betreuungsangeboten an Grund- und Förder- schulen und offenen Ganztagschulen
---	--

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE) bei Gegenstimmen (FDP), dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit der beigefügten Satzung zur Änderung der „Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und die Teilnahme an Förder- und Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen und offenen Ganztagschulen“ der Beschluss zum Haushalt 2011 vom 08.12.2010 (V/0893/2010) umgesetzt wird. Die Elternbeitragstabellen für die Kindertageseinrichtungen und die Teilnahme an Förder- und Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen und offenen Ganztagschulen werden mit Wirkung vom 01.03.2011 um die Einkommensgruppen über 62.000 € bis 75.000 €, über 75.000 € bis 85.000 € und über 85.000 € ergänzt. **Dabei wird berücksichtigt, dass der öffentliche Jugendhilfeträger in offenen Ganztagschulen im Primarbereich Elternbeiträge nur bis zur Höhe von 150 € pro Monat pro Kind erheben und einziehen kann.** Mit Beginn des

neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres am 01.08.2011 wird die erste Einkommensgruppe von 25.000 € auf 37.000 € erhöht.

2. Die Satzung zur Änderung der „Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und die Teilnahme an Förder- und Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen und offenen Ganztagschulen“ wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Erhöhung der Beitragsfreiheitsgrenze von 25.000 € auf 37.000 € führt zu Mindererträgen in Höhe von 510.000 € im Jahr 2011 sowie von 1.225.000 € jährlich ab dem Jahr 2012. Durch die Erweiterung der Elternbeitragstabelle um die genannten Einkommensstufen werden Mehrerträge in Höhe von **745.000 €** jährlich veranschlagt. Im Saldo ergeben sich im Jahr 2011 Mehrerträge in Höhe von **235.000 €** und ab dem Jahr 2012 jährliche Mindererträge von **480.000 €**.

Da die Änderungen des Beitragsaufkommens Bestandteil des Beschlusses des Rates vom 08.12.2010 über die Haushaltssatzung 2011 ff. sind, wurden sie bereits bei folgender Produktgruppe im Haushaltsplan veranschlagt:

Teilergebnisplan					
Ursprungsvorlage					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag (Ansatz im Haush.-Plan) €	Bemerkungen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			Veränderung:
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2011	7.390.000 €	2011: 290.000 €
			2012 ff	6.775.000 €	2012 ff: -425.000 €
Neu					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag (Ansatz im Haush.-Plan) €	Bemerkungen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			Veränderung:
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2011	7.335.000 €	2011: 235.000 €
			2012 ff	6.720.000 €	2012 ff: -480.000 €

Punkt 7 der Tagesordnung

Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0041/2011

Handlungsprogramm Wohnen

Es liegt ein Beratungsverlauf zur Vorlage vor. Ratsherr Dr. Baur stellt die Vorlage in der Fassung der Verwaltungsempfehlung gemäß Beratungsverlauf bzw. in der Fassung der Beschlussfassung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt einstimmig, dem Rat die folgende geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1.1 das Handlungsprogramm Wohnen fortzuschreiben und es zur Steuerung des lokalen Wohnungsmarktes umsetzungsorientiert als „Kommunales Handlungskonzept Wohnen“ entsprechend den Anforderungen des Landes sowie unter Berücksichtigung des Hauptausschussbeschlusses vom 28.04.2010 zur Vorlage V/0237/2010 weiterzuentwickeln **und dabei die Erfordernisse einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung von Menschen mit Behinderungen sowie demografisch bedingte Wohn- und Betreuungsbedarfe zu analysieren und angemessen zu berücksichtigen (vgl. Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vom 30.11.2010).**

1.2 die Umsetzung dieses Auftrages auf externe Fachkompetenz zu stützen und durch einen dialogorientierten Prozess mit lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft methodisch zu begleiten,

1.3 die notwendigen Vorbereitungen für den Auftrag gemäß Ziffer 1.1 unter Einbeziehung externer Experten zu treffen und die hierfür anfallenden Kosten (i.S.v. Alternativangeboten) zu ermitteln. Die zur Auftragsvergabe erforderliche Mittelbereitstellung ist rechtzeitig zur Aufstellung des Haushalts 2012 dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Land NRW derzeit keine Änderung in der Einstufung der Stadt Münster als Gebiet mit unterdurchschnittlichem Bedarfsniveau für den Förderbedarf im Segment „Mietwohnungsbau“ vorsieht.

3. Mit der Beschlussfassung über diese Vorlage ist der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster an den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft (ASSVW) zur Vorlage V/0489/2010 „Soziale Wohnraumförderung“ vom 23.09.2010 erledigt.

Punkt 7.2 der Tagesordnung V/0076/2011

PTA-Lehranstalt Münster; hier: Weiteres Verfahren

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Daraufhin schließt der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Dr. Baur, den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.58 Uhr.

gez.

Dr. Baur
Vorsitz

gez.

Möller
Schriftführung